

## *KGW's Rundschreiben*

### **Deutschland, Europa und die Welt**

Unser Kanzler Olaf Scholz (O.Sch.) hat sein Kürzel Owd („Olaf will das“; benutzte er schon als Bürgermeister von Hamburg) unter den Deal gesetzt, vermeintlich sein Image aufpoliert und gezeigt, was in ihm steckt. Die größte Wirtschaftsansiedlung der Nachkriegszeit, eine **Chipfabrik in Magdeburg**, ist offiziell. Der US-Konzern Intel will zwei Halbleiterwerke errichten, dafür 30 Mrd. € ausgeben und verspricht 3.000 neue Stellen. Der Bund will das Projekt mit ca. 10 Mrd. € Steuergeld fördern (rechnerisch 3,3 Mio. € Rekordsubvention je Arbeitsplatz). Noch Mitte Juni kam aus dem Bundesfinanzministerium die Erklärung, dass dafür kein Geld vorhanden sei. Pffiffig wie man als Politiker nun mal so ist, wurde in den Sonderfond des Bundes gegriffen, der dem Klimaschutz und der Transformation der Wirtschaft gewidmet ist. Auf dem Planungspapier steht, dass man frühestens 2027 produzieren will. Bisher fehlt noch das „grüne Licht“ aus Brüssel. Dann sind da noch die Archäologen, die auf rund 380 Hektar besten Börde-Ackers Grabungen vornehmen, um ihre Funde zu sichern. Nicht zu vergessen die Umweltschützer, die das Projekt verzögern könnten, wenn sie auf dem Baugrund die schiefgewickelte große Wabenkröte oder die unterernährte Ameisenwespe entdecken. Zu Recht kritisierte Reint E. Gropp<sup>1</sup>: „Wir verlagern die Abhängigkeit auf eine andere Ebene in der Lieferkette“. Die Ausgangsstoffe für die Chipherstellung (Seltene Erden und Metalle) kommen weiterhin aus China. Uns scheint, dass Intel auch verbilligte Strompreise bekommen wird. Subventionierte Gehälter der Arbeitskräfte verprellen die Unternehmen im Großraum Magdeburg. Das Steuergeld wäre in Forschung und Entwicklung besser angelegt. Eine konkurrenzfähige Massenproduktion von Chips sind und bleiben wohl politische Wunschträume der Ampelregierung. Uns scheint, dass man auch hier den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht hat.

Im 1. Buch Moses ist zu lesen, dass der Pharao einen Traum von 7 fetten und 7 mageren Kühen hatte. Josef hatte man eingekerkert. Man holte ihn aus Selbigem, damit er den Traum deutete und er kam zu der Empfehlung, in den guten Jahren für spätere schlechte Jahre vorzusorgen. Nach der Finanzkrise 2008/09 erlebten wir in Deutschland eine „goldene Zeit“, die 2020 von der Pandemie gestoppt wurde. Viele glaubten, dass es nach der Erholung von der Pandemie „golden“ weitergeht. Im Jahre 2022 der zweite Schock – Krieg in der Ukraine. Die Politik gab weiterhin (zu) viel aus und verteilte politische Wohltaten, statt zu reformieren. Die Bereitschaft der Unternehmen, zu investieren, sank. Aufgrund der Intel-Ansiedlung hatte unser Kanzler auch einen Traum, nämlich den vom Aufschwung und neuem Wirtschaftswunder. Das alles unter dem Aspekt der Energiewende und künftiger, grüner Technologien. Wenn er es nicht selbst weiß, muss es ihm aber jemand sagen, dass es ein Albtraum war. Die deutsche Wirtschaftsleistung und Industrieproduktion liegen auf dem Stand von 2019. Viele Unternehmen kehren Deutschland den Rücken (so viel wie seit 15 Jahren nicht mehr) und investieren lieber im Ausland. Ähnlich ist es bei unseren Fußballnationalmannschaften, die seit Jahren die Realität verkennen und permanent das Desaster schönreden. Die deutsche Industrie belegte unter 36 OECD<sup>2</sup>-Ländern Rang 20 bei der Produktivitätsentwicklung der vergangenen 15 Jahre.

<sup>1</sup> Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

<sup>2</sup> Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine internationale Organisation mit 38 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. (Quelle: Wikipedia)

In- und ausländische Investoren scheuen: Hohe Energiekosten, hohe Unternehmenssteuern, steigende Lohnnebenkosten (ab 01.07.2023 Anhebung der Pflegebeiträge), lange Genehmigungsverfahren, Bürokratie und schlechte Digitalisierung. Energiekrise und Inflation haben im 1. Halbjahr 2023 mehr Firmen in die Insolvenz getrieben. Für viele Betriebe werden die großzügig verteilten Staatsgelder der Vergangenheit jetzt zum Bumerang (keine Möglichkeit der Rückzahlung). Obwohl die Schulden in Deutschland eine Rekordhöhe erreicht haben und die Zinsen explodieren, gibt der Staat mit vollen Händen großzügig aus. Man müsste den Entscheidungsträgern in der Ampel nahebringen, dass sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft deutlich eingetrübt hat. Seit 1972 wird regelmäßig der **ifo-Geschäftsklimaindex** veröffentlicht. Monatlich werden rund 9.000 Unternehmen zur Einschätzung der aktuellen Lage und den Erwartungen der künftigen Entwicklung befragt. Der Index lag im Mai bei 91,5 Punkten, fiel im Juni auf 88,5 Punkte und die Frühindikatoren für das 2. Halbjahr 2023 zeigen klar nach unten. Ifo-Chef Clemens Fuest nennt u.a. als Grund die Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation, die Notenbanken erhöhen die Zinsen und bremsen somit die Wirtschaft. Die Unternehmen arbeiten die vorliegenden Aufträge ab, aber es kommt nichts nach. Es werden dringend Fachkräfte gesucht, aber die (angebliche) Fremdenfeindlichkeit verhindert die Zuwanderung nach Deutschland. Der „große Wurf“ scheint angeblich, Arbeitskräfte aus Indien zu holen. Seit März 2018 ist Hubertus Heil Arbeitsminister und lockt zurzeit, unterstützt durch eine Vielzahl von mitreisenden Politikern, vor Ort und mit unterschiedlichen Versprechungen Inder und Inderinnen nach Deutschland. Der Erfolg bleibt abzuwarten. Ökonomen warnen vor „konjunkturellem Unwetter“. Deutschland ist auf dem besten Weg, erneut „kranker Mann Europas“ zu werden. Es scheint, dass der „Wohlstandskuchen“ künftig woanders als in Deutschland gebacken wird.

Vor 5 Jahren glaubten 59% der befragten Deutschen, dass Deutschland in 10 bis 15 Jahren zu den führenden Wirtschaftsnationen zählen wird; heute allerdings sind es nur noch 39%. In allen internationalen Wachstumsprognosen belegt Deutschland die letzten Plätze. Die Inflation verdirbt vielen Privatleuten die Kauflaune. Angehobene Zinsen der EZB verhindern den echten Aufschwung. Der Wohlstand der Deutschen wird schleichend schrumpfen. In einer solchen Situation müsste die Führung ein Machtwort sprechen, damit ein „Ruck“ durch die Bevölkerung geht. Anders unser Kanzler O.Sch. und ein Teil seiner Parteigenossen (u.a. die Parteivorsitzenden Saskia Eskens und Lars Klingbeil). Sie propagieren die **4-Tage-Woche** – bei vollem Lohnausgleich. Darüber hinaus den Mindestlohn, der ihnen in der soeben festgelegten Höhe zu gering erscheint. Wer die 4 Tage möchte, den Einkommensverlust akzeptiert und das Einverständnis des Arbeitgebers bekommt, dem sollte kein Stein in den Weg gelegt werden. Die Geister scheiden sich aber bei vollem Lohnausgleich. Das wären ca. 25% Lohnerhöhung. Ein Unternehmen könnte das nur finanzieren, wenn in 4 Tagen so viel geleistet würde wie heute in 5 Tagen. Studien sagen, dass die Leistungsfähigkeit an Tagen, an denen man länger als 8 Stunden arbeitet, deutlich sinkt. Ohnehin werden in Deutschland händeringend Arbeitskräfte gesucht. 90% aller deutschen Unternehmen sind familiengeführt. Sie stehen für rund 52% des Gesamtumsatzes und beschäftigen rund 57% aller Angestellten und Arbeiter. Ob die jubeln, wenn sich des Kanzlers (und seiner Anhänger) Meinung wirklich durchsetzen würde?

Wenn jemandem nicht bekannt ist, wie man schnell schlechte Laune bekommt oder wie einem schnell der „Hut hochgeht“, nimmt sich das „**BdSt-Sparbuch 2023**“<sup>3</sup> zur Hand. Einige Beispiele:

<sup>3</sup> Bund der Steuerzahler Deutschland e.V., veröffentlicht in seinem jährlich erscheinenden Sparbuch u.a. Beispiele sinnloser Verwendung von Steuergeld.

- Über die Bauwut zum „doppelten Kanzleramt“ hatten wir berichtet. Die Kostenprognose ist nicht mehr 777 Mio. €, sondern liegt mittlerweile bei über 1 Mrd. €.
- Konfuzius sagte: Wer ständig glücklich sein möchte, muss sich oft verändern. Bis zum Herbst 2025 gibt es ein mit 1,3 Mio. € gefördertes Projekt, nach dem noch vor Einsatz von Schere und Färbemittel Wunschfrisuren der Politiker unter Berücksichtigung der individuellen Kopfform und Haarstruktur wirklichkeitsnah visualisiert angepasst werden. Auch wenn als Musikuntermalung „Du hast die Haare schön“<sup>4</sup> gewählt wird, ist ein Cut dringend erforderlich. 2022 gab die Ampel 1,5 Mio. € für Fotografen, Friseure und Visagisten aus. Das sind 80% mehr als im Vergleich zu 2021. Besonders teuer ist das Auswärtige Amt von Annalena Baerbock (Grüne) mit rund 137.000 €. Damit gibt die Ministerin mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben für Visagisten in Anspruch.
- Die Ampel hat 168 neue Referats- und Abteilungsleiterstellen für ca. 50 Mio. €/Jahr zuzüglich Nebenkosten geschaffen (siehe unsere Info von 06/2023). Alle Bundesministerien weisen in diesem Jahr mehr als 30.000 Stellen aus, die gesamte Bundesverwaltung wird auf ca. 300.000 Beschäftigte aufgestockt.

Keine weiteren Beispiele – uns reicht's!

Einen Tag vor der Sommerpause des Bundeskabinetts hat das Bundesverfassungsgericht das Licht der Ampelkoalition zu einer mickrigen Funzel heruntergedimmt. Einst war Robert Habeck Vorzeigepersönlichkeit der Grünen und Lieblingsminister der Deutschen. Das ist schon längst vorbei, denn inzwischen gehört er zu den unbeliebtesten Spitzenpolitikern im Land. Der Berliner Abgeordnete Thomas Heilmann konnte vor Gericht durchsetzen, dass das **Gebäudeenergiegesetz** (GEG) gestoppt wurde. Dabei geht es nicht um den Inhalt, sondern gegen das Hauruckverfahren, mit dem die Ampel das Gesetz durchs Parlament bringen wollte. Die Opposition kritisierte, dass man den Gesetzentwurf nicht mindestens 14 Tage vor der endgültigen Abstimmung schriftlich vorliegen hatte. Da die Ampel eine Sondersitzung während der parlamentarischen Sommerpause ablehnte, wird nun voraussichtlich in der nächsten regulären Sitzungswoche Anfang September die zweite und dritte Lesung im Bundestag stattfinden, damit das Gesetz wie geplant zum 1. Januar 2024 in Kraft treten kann. Unter das gesamte Szenario kann man mit dem Sprichwort kommentieren: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen“!

Nicht nur wir Deutschen müssen erkennen, dass unser in den letzten 200 Jahren gewachsener **Wohlstand** am Ende der Fahnenstange angekommen ist. Fossile Energieträger (Gas, Kohle, Öl), Basis für den Wohlstandszuwachs, wurden zur Erreichung von **Klimaneutralität**, von Windkraft, Solar und anderem mehr abgelöst. Kurz gesagt, es muss CO<sub>2</sub> eingespart werden und das kostet Geld. Augenblicklich stammen nur ca. 17% des deutschen Energiebedarfs aus regenerativen Quellen. Wenn man 50% erreichen will, müssten die bestehenden Kapazitäten mehr als verdreifacht werden. Minister Habeck will den Bundesbürgern glaubhaft machen, dass man intakte Gas- oder Ölheizungen durch Wärmepumpen ersetzen muss, um Geld zu sparen. Das allerdings ist unbegründet. Mehr Windräder aufzustellen, obwohl der Wind nicht bläst oder im Umbau der Wirtschaft Richtung Klimaneutralität ein Wirtschaftswunder 2.0 zu sehen (lt. Kanzler Scholz), ist gelinde gesagt naiv. Es bleibt wohl auch ein Geheimnis der Regierung, wie man bestehende

---

<sup>4</sup> Tim Toupet und der singende Friseursalon

Kapazitäten ab- bzw. ausschaltet, klimaneutrale Anlagen aufbaut, teure Energien zukaufte, um damit den derzeitigen Wohlstand zu halten bzw. zu steigern. Mit Gesetzen und Vorschriften geht das nicht, sondern nur mit wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen. Erderwärmung einzudämmen und **CO<sub>2</sub> zu sparen**, ist ein globales Problem und es hilft nichts, wenn wir uns auf den Weg zur Dekarbonisierung als Musterschüler aufstellen. China bläst in einem halben Jahr mehr CO<sub>2</sub> in die Luft, als wir Deutsche bis 2030 einsparen wollen. Ähnlich Indien oder Abholzung bzw. Brandrodung im Amazonasgebiet bzw. in Indonesien. Wir Deutsche werden international keinen AKW-Stopp oder den Neubau von Atomkraftwerken verhindern können, sondern nur mit bescheidener Kritik einen Beitrag leisten. Die CO<sub>2</sub>-Einsparung sollte für jeden Bundesbürger aber „verträglich“ sein. Ideal wäre, dass jedes Land, das CO<sub>2</sub> emittiert, dafür eine Erlaubnis bekommt. Die Höchstmengen würden für jedes Land festgelegt. Im Rahmen eines CO<sub>2</sub>-Handels würde jeder für seinen Verbrauch Zertifikate kaufen. Wer mehr verbraucht, hätte auch mehr zu bezahlen. Man sollte mit dieser Regelung auf EU-Ebene anfangen und diese dann weltweit ausdehnen. Vielleicht bleibt diese Idee aber nur ein „frommer Wunsch“.

Für uns ist die **deutsche Energiepolitik** eine kostspielige Fehlentscheidung, was wir nachstehend begründen. In Deutschland zahlt man den höchsten Strompreis der Welt. Durch den Spagat von fossiler Energie und dem Wegfall von Atom hin zu alternativen Energien wird der Preis sich nicht verbessern. 2022 gab es weltweit 422 AKWs<sup>5</sup>, 57 in Bau und weitere in Planung. In China sollen bis 2050 weitere 250 AKWs gebaut werden. Gerhard Schröder beschloss 2000 den Atomausstieg. Angela Merkel verlängerte die Laufzeiten und die Nuklearkatastrophe in Fukushima (11.03.2011) ließ sie emotional handeln und besiegelte den Ausstieg am 30.06.2011. Über den Sinn oder Unsinn wollen wir hier nicht diskutieren. Fakt ist, dass wir ohne Atomkraft die Pariser Klimaziele<sup>6</sup> kaum erreichen können. Vielleicht sind die Zahlen nicht aktuell, aber laut Institut für Wettbewerbsökonomie an der Uni Düsseldorf kostet uns Deutsche die Energiewende bis 2025 mindestens 520 Mrd. €, was natürlich der Bundesbürger zahlt. Die Ziele der EU sind noch ambitionierter. Aber Papier ist geduldig und bisher hat sich gezeigt, dass die maßgeblichen Leute im EU-Parlament bei der Krisenbewältigung oftmals versagt haben.

Ursula von der Leyen (die EU-Kommissionspräsidentin stand nie zur Wahl, konnte demnach auch nicht gewählt werden, ist aber trotzdem auf dem „Posten“) will bis 2030 die Treibhausgase um 55% senken und mit dem „**Green Deal**“ Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Weitgehend sollen dazu Gelder aus dem Corona-Aufbaufond verwendet werden. Saubere Energien, die von Sonnenschein und Wind abhängen, sind nicht nach Belieben steuerbar und lassen sich kaum bedarfsgerecht speichern. Kurz: Ohne Wind und ohne Sonne null Stromausbeute. Wenn allerdings an windreichen Tagen Überkapazitäten ans Ausland verschenkt werden oder den Abnehmern etwas bezahlt werden muss, damit der Strom abgenommen wird, ist das irrational. Bei einer Flaute muss Deutschland teuren Strom aus fossilen oder nuklearen Energiequellen zukaufen. Um Strom aus Sonne und Wind zu speichern, bietet sich nur der **Pumpspeicher** an. Das Ausbaupotential ist allerdings begrenzt. Alternative Speichertechnologien sind Druckluftspeicher, Power-to-Gas-Technologie, bei der aus Wasser mittels Elektrolyse Wasserstoff gewonnen wird und Batterien als Speichermedium. Forschung und Entwicklung stecken noch in den Kinderschuhen und bis zur Anwendung kann es noch Jahre oder Jahrzehnte dauern.

<sup>5</sup> Stand Oktober 2022 aus dem „World Nuclear Industry Status Report“ (WNISR) (Quelle: Gesellschaft für Reaktorsicherheit gGmbH)

<sup>6</sup> 195 Staaten haben sich bei der Pariser Klimakonferenz von 2015 verpflichtet, die Erderwärmung bis 2050 auf maximal 2 Grad zu begrenzen, möglichst jedoch auf 1,5 Grad. Nachjustiert wird der Vertrag alle 5 Jahre.

Elektrifizierung der Autos lässt den Strombedarf steigen. Verkaufsverbote für konventionelle Fahrzeuge:

	Verbot ab	Betroffene Fahrzeuge (in Mio.)
China	2060	24,6
Deutschland	2050	3,3
Frankreich	2040	2,0
Spanien	2040	1,1
UK	2030	2,1
USA	2035-2050	4,7

Wahrscheinlich ist das **Elektroauto** die Mobilität der Zukunft. Im Augenblick fehlt die Infrastruktur bzw. genügend Strom. Das Elektroauto muss mindestens 8 Jahre gefahren werden, bis es klimaneutral ist (Vorreiter und Marktführer ist Tesla).

Jahrelang hat sich die deutsche Automobilindustrie gegen Elektromobilität gewehrt und über Tesla bzw. fernöstliche Konkurrenten gelächelt. Heute müssen sie Elektroautos bauen, die allerdings zu teuer oder technologisch nicht konkurrenzfähig sind. Stand – sie haben weltweit an Marktanteil verloren. Die Neuzulassungen für E-Autos in Deutschland sind stark zurückgegangen<sup>7</sup>. Der Ruf nach Elektrokaufprämien sollte in der Regierung ungehört bleiben, denn Managementfehler sollten nicht mit steuerfinanzierten Subventionen belohnt werden. Autobauer können sich keinen weiteren Fehler erlauben; sie müssen mit dem Bau von E-Autos der nächsten Generation überzeugen.

Obwohl dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt die Qualität der Ampel nicht bekannt sein konnte, sagte er: „Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden“. Es fällt allerdings schwer zu glauben, dass unsere heutige politische Führungsriege klüger ist.

<sup>7</sup> 15 Mio. vollelektrische Autos sollen bis 2030 auf die Straße, wobei die Vorgabe nicht sagt, ob es sich dabei um Autos deutscher Produktion handelt. Aktuell sind lediglich 1,1 Mio. unterwegs.

## Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Nicht nur die Urlaubszeit ist schuld, dass am Edelstahlmarkt absolute Flaute herrscht. Fast alle Rohstoffpreise sind gesunken. Die LME wird neben dem **Nickel** Güte 1 künftig Güte 2 (deklassiert) mit ins Sortiment aufnehmen. Ende des vergangenen Monats begann ein Gerichtsprozess, der für Rohstoffmärkte weitreichende Folgen haben könnte. Der US-Hedgefonds Elliott Investment Management hat die 146 Jahre alte Rohstoffbörse London Metal Exchange (LME) wegen angeblich ungerechtfertigter Intervention an den Markt für Nickel verklagt. Der streitbare Finanzinvestor Paul Singer fordert vor dem Londoner High Court Schadensersatz von rd. 456 Mio. US\$. Sollte sich Singer mit seiner Forderung durchsetzen, droht der LME eine Klageflut weiterer Investoren, die am 08.03.2022 von der sogenannten „Nickel-Krise“ betroffen waren. An diesem Tage hat die LME den Handel ausgesetzt und Kontrakte im Wert von rund 4 Mrd. US\$ annulliert. Vorausgegangen war ein Preisanstieg um bis zu 250% innerhalb von zwei Tagen. Nicht nur der Ukraine-Krieg, sondern auch Spekulationen des chinesischen Rohstoffhändlers Xiang Guangda, der auf sinkende Preise gesetzt hat, waren der Grund. Der Markt allerdings bewegte sich in die entgegengesetzte Richtung und der Preis für eine Tonne Nickel übersprang die Marke von 100.000 US\$. Aktuell kann die Batterieindustrie aufgrund geschrumpfter Neuzulassung von E-Autos den Nickelbedarf nicht anregen. Im Augenblick „plätschert“ der ganze Markt lustlos vor sich hin. Zurzeit entfallen ca. 10% des Nickelverbrauchs auf grüne Technologien. Es gibt Schätzungen, die bis 2050 von 30-60% sprechen.

Der **Molybdän**-Preis pendelte sich seit einigen Wochen um die 50.000 US\$ ein. Im Augenblick gibt es keinen Grund, dass der sich verändert. Vor Herbst wird sich weder nach oben noch nach unten etwas tun.

Der **Chromstahl**-Preis für das 3. Quartal von 1,51 US\$/lb steht.

Fazit: Flaute auf der ganzen Linie und ein Windstoß zum preislichen Aufwärtstrend ist nicht zu erkennen.

## Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
01.02.2023	1.0857	30.060	30.350	49.086	2.760
01.03.2023	1.0613	25.025	25.225	44.094	2.342
03.04.2023	1.0839	23.560	23.890	43.058	2.166
02.05.2023	1.1003	24.235	24.295	40.016	2.210
01.06.2023	1.0661	20.850	20.950	37.686	1.948
03.07.2023	1.0909	20.160	20.450	38.508	1.850
21.07.2023	1.1148	20.810	21.150	37.518	1.872

### Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.067	06/22	1.358	984	994	1.000	1.044	1.055	1.044	1.056	974				
4301	01/22	2.450	05/22	3.844	2.918	2.989	2.903	2.645	2.526	2.506	2.382	2.209				
4404	01/22	3.690	05/22	5.559	4.673	5.083	5.472	5.040	4.207	4.052	3.881	3.660				
4509	01/22	1.280	06/22	1.566	1.189	1.199	1.205	1.263	1.289	1.286	1.297	1.212				
4521	09/22	1.944	06/22	2.343	2.150	2.449	2.916	2.904	2.315	2.190	2.200	2.099				
4539	01/22	6.590	05/22	10.243	8.729	9.546	10.313	9.370	7.681	7.380	7.013	6.634				
4571	01/22	3.750	05/22	5.696	4.754	5.164	5.550	5.109	4.270	4.113	3.937	3.709				

### Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to								
4016	02/22	1.280	06/22	1.630	1.181	1.193	1.200	1.253	1.266	1.253	1.267	1.169				
4301	01/22	2.940	05/22	4.614	3.502	3.587	3.484	3.174	3.031	3.007	2.858	2.651				
4310	01/22	2.770	05/22	4.295	3.251	3.328	3.235	2.964	2.826	2.815	2.683	2.488				
4404	01/22	4.430	05/22	6.671	5.608	6.100	6.566	6.048	5.048	4.862	4.657	4.392				

### Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to							
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/22	380	04/22	800	430	430	430	425	440	420	420					
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/22	1.050	04/22	2.450	1.500	1.510	1.450	1.400	1.310	1.120	1.200					
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/22	1.570	04/22	3.300	2.500	2.680	2.650	2.450	2.220	2.150	2.080					

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta